

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michau

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 10. Dezember 1920 Nr. 392.

Phyllis Forbes Dennis Fonds. Die Gattin des chief officers des englischen Passantes in Wien Frau Phyllis Forbes Dennis, die ebenso wie ihr Gatte von den wärmsten Gefühlen für die notleidende Bevölkerung Oesterreichs beseelt ist, hat durch Aufrufe in englischen Zeitschriften und durch persönliche Werbung bei ihren Freunden für die Bedürftigsten des Wiener Mittelstandes eine Sammlung veranlasst, die zur Gründung des „Phyllis Forbes Dennis Fonds“ geführt hat. Dieser Fund hat in kürzester Zeit eine solche Höhe erreicht, daß es möglich ist, zunächst für die Dauer eines Monats 300 Angehörigen des Mittelstandes eine völlig unentgeltliche Mittagsmahlzeit zu verabreichen. Es ist zu hoffen, dass noch weiter einlaufende Spenden eine Fortsetzung dieser Hilfsaktion nach Ablauf des ersten Monats ermöglichen. Frau Forbes Dennis wird in dem Bewusstsein, so vielen notleidenden Menschen in schweren Tagen beigegeben zu sein, den schönsten Lohn finden.

Neuer internationaler Lokal- und Strassenbahnverein. Vor dem Kriege waren die Lokalbahnen und Strassenbahnen von ganz Europa zu einem internationalen Verein zusammengeschlossen, dessen Vorort Brüssel war. Da sich für die Wiederaufnahme der bestehenden Beziehungen Schwierigkeiten ergaben, wurde von den Lokalbahnverwaltungen eines neutralen Landes zunächst die Gründung einer neuen internationalen Vereinigung angeregt, welche vor kurzem zu stande kam. Diesem neuen Verbands gehören derzeit die Lokal- und Strassenbahnvereine sowie einzelne Kleinbahnunternehmungen der Länder Dänemark, Finnland, Holland, Norwegen, Schweden, Deutschland, Oesterreich, des deutschen Teiles der Tschechoslowakei und Ungarn an. Zum Präsidenten der neuen internationalen Vereinigung wurde Ingenieur Spängler, Direktor der städtischen Strassenbahnen in Wien, gewählt, wo sich auch bis auf weiteres der Sitz des Vereines befindet. Vizepräsident ist der Generaldirektor der Großen Berliner Straßenbahn Dr. Wulow, in den Ausschuss entsenden alle Landesorganisationen zunächst je einen Delegierten. Es ist beabsichtigt, schon im nächsten Frühjahr in einer Stadt Oesterreichs einen grossen internationalen Strassenbahn- und Kleinbahnkongress zusammenzuberufen, auf welchem ein Austausch der bei den einzelnen Bahnverwaltungen gemachten Erfahrungen auf technischem, wissenschaftlichem und praktischem Gebiete erfolgen soll, was im Interesse auch in den neutralen Ländern meist notleidend gewordenen Kleinbahnen dringend erwünscht ist. (Es wäre sehr zu begrüssen, wenn in absehbarer Zeit ein Wiederezusammenschluss aller Lokal- und

Kleinbahnen Europas stattfinden könnte, der auf dem betretenen Wege angebahnt werden soll.

WIENER GEMEINDERAT,

Sitzung, vom 10. Dezember 1920.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und teilt folgende Spenden mit: Direktor Rudolf Kleinpeter, zur Errichtung einer Stiftung für die Armen des VI. Bezirkes letztwillig 200.000 K.

Moses Polak und August de Bruyne, Antwerpen, für die notleidenden Wiener Kinder 5.000 K.

Margarete Utz in Santa Cruz, Kalifornien als Christgeschenk für die Kinder Wiens 944 K.

Anton Hämsch in Gampoldskirchen für die Armen Wiens 100 K.

Eugen Gumpert in Brooklyn (New York) ein Paket Kinderwäsche.

Der Bürgermeister teilt weiter mit, daß die Gemeinderäte Vaugoin und Biber in Angelegenheit der Vorräte der Küchenbetriebsgesellschaft verlangt haben, ihre Anfrage und Beantwortung zur Verlesung zu bringen. Er werde dies vor Schluß der öffentlichen Sitzung tun und dem GR. Vaugoin zur Begründung seines Antrages das Wort erteilen.

GR. Dr. Scheu habe einen Dringlichkeitsantrag wegen Verlängerung der Vollzugsanweisung über die Fristen für Kündigung von Hausbesorgerverträgen eingebracht und werde ihm zur Begründung derselben das Wort erteilt werden.

Schließlich teilt der Bürgermeister mit, daß zu den Posten 2 - 6 und 9 - 14 niemand zum Worte gemeldet sei, dieselben daher als angenommen gelten.

GR. Dr. Dannenberg (Soz. Dem.) berichtet sodann über die Neueregulierung der Gebühren gewählter Gemeindefunktionäre. Der Gemeinderatsbeschluss vom 25. Juni 1920 soll dahin abgeändert werden, daß die als Vizebürgermeister gewählten Stadträte, wenn sie keine ausführenden Stadträte sind, eine Zulage von 1500 K monatlich bekommen. Der Bürgermeister soll die jeweiligen Bezüge eines Bundesministers und die ausführenden Stadträte sollen das Dienstinkommen eines Staatssekretäres in dem Ausmaße bekommen, daß ihnen die Hälfte, deren Funktionsgebühr zukommt. Dergleichen sollen die Bezüge der Bezirksvorsteher und ihrer Stellvertreter sowie der Vorsteher der Armeninstitute und ihrer Stellvertreter geregelt werden.

GR. Skaret (Soz. Dem.) hält es nicht für gut, daß der eine Bürgermeister eine Funktionszulage bekommt, während der andere, der ausführende Stadtrat ist, keine erhalten soll und stellt einen Abänderungsantrag, der dahin geht, daß allen Vizebürgermeistern eine Zulage von 2000 K monatlich gewährt werden soll.

Bei der Abstimmung wird der Abänderungsantrag Skaret und die Anträge des Referenten angenommen.

VB. Emmerling referiert über die Beteiligung der Gemeinde Wien an einer Studiengesellschaft zur Überprüfung der oberösterreichischen Ennawasserkräfte. Nach den Anträgen des Referenten soll sich die Gemeinde grundsätzlich bereit erklären, in eine mit einem Hochkapital von einer Million Kronen zu gründende Studiengesellschaft zu dem Zwecke einzutreten, das bereits kommissionierte Projekt für eine Wasserkraftanlage an der oberösterreichischen Enns zwischen Enns und Steyr bezüglich seiner Bauwürdigkeit zu prüfen. An dieser Gesellschaft sollen neben der oberösterreichischen Wasserkraft- und Elektrizitätsgesellschaft die Gemeinde Wien, das Land Niederösterreich und der Bundesstaat Niederösterreich mit dem Elektrifizierungsamt der österreichischen Staatsbahnen beteiligt sein. Die erstgenannte Gesellschaft hätte zwei Drittel, die übrigen Teilnehmer hätten ein Drittel des Kapitals zu übernehmen. Die Beteiligung der Gemeinde soll unter der Voraussetzung erfolgen, daß für den Fall des gemeinsamen Ausbaues der Wasserkräfte die Beteiligung der Gemeinde sowohl an den Baukosten als auch an der Verwaltung nach Maßgabe des von ihr beanspruchten Strombezuges stattfindet.

GRin. Seidel (Soz. Dem.) übernimmt den Vorsitz.

GR. Schmid (christlich-soz.) bespricht in eingehender Weise vom fachmännischen Standpunkte die Frage der Anlage von Wasserkraftwerken zur Erzeugung von Elektrizität, und findet es vollkommen begründet, wenn sich die Gemeinde Wien an der vorliegenden Sache beteiligt. Die von der Gemeinde zu wählende Summe finde er in Anbetracht der zu erzielenden Erfolge nicht zu hoch und glaubt daher, dass an dem Projekte mit voller Beruhigung seine Zustimmung geben könne. Nach dem Schlussworte des Referenten, in welchem er betont, dass die Studiengesellschaft nicht erst jetzt ins Leben trete, so dass die vorzunehmenden Studien voraussichtlich sehr bald abgeschlossen werden können, wird der Referentenantrag einstimmig angenommen.

St. St. Seidel (Soz. Dem.) berichtet über die Mehrkosten für den Bau der Kriegswohnhäuser auf der Siedlung Schmelt, die sich nun durch die seit dem diesbezüglich gefassten Gemeinderatsbeschlusses von 45.846.003 K eingetretenen Lohnsteigerungen und Erhöhungen der Baustoff- und Fuhrwerkspreise auf 97.277.107 K erhöht haben, wobei die Erbauung der Häuser in den Gruppen 3, 11, 17 und 18 und in einem Teile der Gruppe 15, das sind zusammen 11 Häuser bis auf weiteres zu verschieben ist. Hierdurch werden 11 bis 12 Millionen Kronen erspart werden. Der Referent weist darauf hin, daß mit Ausnahme von zwei Gruppen alle anderen Gruppen bereits bewohnt sind und daß man mit der Verwendung der Betonhohlsteine gute Erfahrungen gemacht hat. Ein Teil der Wohnungen sei dem Staatsamt für soziale Fürsorge zur Vergebung zugewiesen worden, weil mit dem Staatsamte Verhandlungen wegen Übernahme der Kosten bis zu 2/5 schwaben.

GRin. Kurzbaner (chr.-soz.) sagt, daß es Pflicht der Gemeinde sei, der Wohnungsnot abzuhelfen, wozu auch die Ausweisung der Freuden gehandhabt werden müsse. Sie gibt der Befürchtung Ausdruck, daß die Wohnungen, die am Margaretagürtel und auf der Schmelt gebaut wurden, sehr teuer sein werden und stellt den Antrag, daß die unverzinslichen Baukosten von der Gemeinde getragen werden und dass die Zinsen in diesen neuen Wohnhäusern mit den Zinsen in den alten Häusern gleichgehalten werden.

GR. Retter (chr.-soz.) beantragt die Bauführung der Schmelt Häuser und befasst sich dann mit den Ursachen der Wohnungsnot, wofür er auch auf die Ostjudenfrage zu sprechen kommt und den Bürgermeister an sein Versprechen anlässlich der Übernahme der Geschäfte der Landesregierung erinnert.

GR. Bermann (Soz.-Dem.) erklärt gegenüber dem GR. Rotter, dass die Angriffe gegen die Zuweisungskommissionen ungerechtfertigt seien und die schärfste Zurückweisung herausfordern. Diese Kommissionen sind gemischt zusammengesetzt, auch Vertreter der christlichsozialen Partei haben Sitz und Stimme und die Entscheidungen werden streng nach den gesetzlichen Bestimmungen getroffen. Die vom GR. Rotter erwähnten Fälle, von Wohnungszuweisungen seien auf Grund von Berichten der Reichspost vorgebracht und diese Berichte vom Anfang bis zum Ende erlogen. Redner bespricht eingehend die betreffenden Fälle und schliesst, es sei eine Schande, was in der Reichspost mit der Wohnungsnot Demagogie getrieben werde.

GR. Dr. Ehrlich (jüd.-nat.) sagt gegenüber den Ausführungen des GR. Rotter, dass von den Flüchtlingen gerade immer diejenigen delogiert und ausgewiesen werden, die sich in ärarlichen Verhältnissen befinden und geradezu elende Quartiere bewohnen. Man habe immer darauf hingewiesen, dass man Leute nicht ausweisen und abschaffen werde, die hier einen ordentlichen Erwerb nachgehen und Redner könne der sozialdemokratischen Partei nicht den Vorwurf ersparen, dass ihre Solidarität vor den jüdischen Arbeitern halt mache. Man möge nicht vergessen, warum die Leute nach Wien gekommen seien. Die Kriegswelle habe sie hierher geworfen. Es sei Tatsache, dass viele Flüchtlinge gerne Wien verlassen würden, wenn man ihnen die Gelegenheit dazu geben würde. Redner schliesst, „Ich möchte bei dieser Gelegenheit an den Herrn Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Landeshauptmann die Aufforderung richten, dass er diesem ewigen Drängen ~~xxx~~ für christlichsozialer Politiker nicht Folge gibt, dass er die Flüchtlingsfrage sich so zu lösen bestrebt wie es eines sozialdemokratischen Bürgermeisters und Landeshauptmannes und eines Menschenfreundes würdig ist.“

Vize-Bürgermeister Hoss (christlichsozial) übernimmt den Vorsitz.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) bedauert, dass ein Gebiet, das im Gemeinderat zur Verhandlung steht, von der sachlichen Debatte immer ins Politische gezogen wird, ob es sich nun um Wohnhäuser auf der Schmelz oder um Wassermesser handelt. Die Wohnungsnot könne niemandem als Schuld beigemessen werden, denn auch in Staaten, die während des Krieges keine Flüchtlinge aufnehmen mussten, herrsche grosser Mangel an Wohnungen. Es sei ein gefährliches Beginnen, derartige Zustände des Elendes ~~xxx~~ zu Gegenständen der politischen Agitation zu machen und es sei als tiefstehend zu betrachten, wenn Zeitungen sich mit solchen Dingen abgeben. Wenn von dem Wort Wiederaufbau gesprochen wird, so gehöre hiezu nicht nur der Bau von Häusern, sondern auch der Wiederaufbau der Kultur.

Bgm. Reumann: Es gehört seit einer geraumen Zeit zum eisernen Bestandteil einiger Parteien der Ruf: „Ostjuden hinaus!“ Das wird in jeder ganzen Reihe von Versammlungen und in der Presse propagiert. Ich habe meinen Standpunkt in dieser Frage wiederholt gekennzeichnet. Ich vertrete die Auffassung, daß diejenigen, welche in ehrlicher Arbeit ihre Existenz suchen und jahrelang in Wien wohnen, daß diese nicht mit einer solchen Härte zu verfolgen sind, wie in den Ausweisungsverordnungen vorgesehen ist. Vor allem darf kein Unterschied gemacht werden, ob der Fremde aus Galizien aus der Tschechoslovakei oder aus einem anderen Staate stammt, alle Fremden müssen gleich behandelt werden. Der Bürgermeister verliest die diesbezügliche Kundmachung der n.ö. Landesregierung vom 9. September d. J. über die Ausweisung der Fremdländischen und bemerkt, auch hier sei der Gedanke zum Ausdruck gebracht, dass Menschen, die ~~xxx~~ schon jahrelang in einer festen Stellung hier arbeiten, nicht ausgewiesen werden sollen. Die Kundmachung hatte zur Folge, daß 23.552 Gesuche um Aufenthaltsbewilligung von Angehörigen der Sukzessionsstaaten eingereicht wurden. Davon betrafen 2/3 galizische Flüchtlinge, die knapp nach Kriegsausbruch nach Wien gekommen sind und die die ganze Zeit nicht heimbegehrt werden könnten, weil Westgalizien zuerst von den Russen besetzt war und späterhin die Flüchtlinge zuhause nur zerstörte Wohnstätten angetroffen hätten.

GR. Dr. Plaschkes (jüd.-nat.): Und derzeit ist Galizien das Kampfgebiet der Polen und Bolschewiken.

Bgm. Reumann: Was die Bolschewiken anlangt, kann ich mich in eine Diskussion nicht einlassen. Das Expansionsbedürfnis der Polen hat zu einem neuen blutigen Krieg geführt und ich muß sagen, darüber ist sich wohl alle Welt einig, daß noch nie ein Krieg mit grösserer Privolität vom Zaun gebrochen wurde, wie dieser.

Der Bürgermeister bringt dann statistische Daten über die erteilten Aufenthaltsbewilligungen und Abschaffungserkenntnisse und bespricht, die damit verbundenen grossen Härten der Durchführung. Aber auch unendliche Schwierigkeiten stellen sich dem Verfahren entgegen, so daß in vielen Fällen nicht mit der notwendigen Raschheit vorgegangen werden kann. Ich habe mich, sagt der Bürgermeister, an die Polizeidirektion mit dem Ersuchen gewendet, die Zahl jener Personen bekanntzugeben, die Aufenthaltsbewilligungen erhalten haben und in welchen sozialen Verhältnissen sie sich befinden. Der Einblick in die Abschaffungserkenntnisse ergab, daß von dieser Maßregel gewöhnlich arme Teufel betroffen wurden, die sich schon seit vielen Jahren in Wien redlich fortbringen. Man hat eine Razzia veranstaltet, aber nicht nach den Schiebern und Schleuhändlern. Angesichts dieser Tatsache muß ich neu und aufrichtig

gestehen, daß ich auf den Grundsatz unverrückbar verharre, gegen ehrlich Arbeitende insoweit nicht vorzugehen, solange nicht eine große Arbeitslosigkeit in den betreffenden Gewerben und Industrien uns zwingt, zum Schutze der bodenständigen Arbeiterschaft einzuschreiten. Alle Härten sollen vermieden und jeder einzelne Fall individuell geprüft werden. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Man soll die Schieber aus den großen Pensionenausweisen-Dr. Plaschkes: Und die Horthybataillone, die mit Aufenthaltsbewilligungen in Wien sind.)

Bgm. Reumann: Das furchtbare Wohnungselend drückt sich am besten in der Tatsache aus, daß nach vorliegenden statistischen Daten 23.000 Menschen zusammengedrängt in 900 Wohnungen hausen. Dagegen müssen ernste Maßnahmen getroffen werden. Eine solche große Frage wird aber nicht erledigt mit dem Schlagwort: „Ostjuden hinaus!“ sondern man muß ernstliche Vorkehrungen treffen, damit das Los der Bevölkerung einigermaßen gebessert werde. Zur Wohnungsnot haben auch die zahllosen Verheerungen nach dem Kriege beigetragen, weil bekanntermaßen Verheiratete in der Wohnungszuweisung berücksichtigt werden.

GR. Dr. Grün (Soz. Dem.): Eine Hochzeitsepidemie ist ausgebrochen.

GR. Dr. Plaschkes (jüd.-nat.): Aber auch eine Scheidungsepidemie, wodurch dann auch zwei Wohnungen notwendig sind.

Wohnungen können nicht in der Form verschafft werden, dass rücksichtslos mit den Ausweisungen vorgegangen wird. Wenn auf der einen Seite rücksichtslos gegen Schieber und Schleuhändler vorgegangen werden muss, so müssen auf der anderen Seite alle ehrlich arbeitenden geschützt werden, damit für uns nicht Härten entstehen, die verderblich werden können. Wir haben alle Ursache, dass in dieser Beziehung ungemein heil sei vorgegangen wird, Vertretern der tschecho-slovakischen Partei, die bei mir waren, und mich gefragt haben, wie ich bei den Ausweisungen vorzugehen gedachte, habe ich gesagt, dass alle, die ehrlich arbeiten, geschützt werden sollen, dass es aber gegen jene, die ihr Brot so verdienen, indem sie die Bevölkerung schädigen, keine Rücksicht geben könne. Leider werden aber diese, gegen die sich die ganze Aktion richten soll, eigentlich nie ~~erwischt~~ erwischt. (Beifall bei den Sozialdemokraten)

Ausserordentliche Generalversammlung des Institutes für Kohlenvergasung Am nächsten Mittwoch halb sechs Uhr nachmittags findet im kleinen Saale des N.Ö. Gewerbevereines eine ausserordentliche Generalversammlung des Institutes für Kohlenvergasung (Präsident Ing.-Dr. Wilhelm Exner) statt. Im Anschluss an dieselbe wird Dr. Viktor Zailer einen Vortrag über Torfverwertung in Grossbetrieben (mit Lichtbildern) halten.

Sehr geehrte Redaktion! Um freundliche Aufnahme dieser für alle Industriellen wichtige Notiz ersuche ich Sie mit verbindlichen Dank.
Präsident Ing.-Dr. Wilhelm Exner.

GR. Sever übernimmt das Vorsitz.

GR. Kunschak (chr. soz.) Die Wohnungsfrage und die Flüchtlingsfrage gehören gewiss nicht ursächlich zusammen, und es wäre verfehlt, anzunehmen zu wollen, dass mit der Beseitigung aller Flüchtlings die Wohnungsfrage ihre Lösung finden würde. Der Zusammenhang mit den Flüchtlingen ist aber aus anderen Umständen gegeben und der liegt in dem kühlen Lebensgewohnheiten der Flüchtlinge, für die die Wiener Bevölkerung nicht nur kein Verständnis findet, sondern, die sich hier als unerträglich aufdrängen, weil sie nur als eine Entartung der gesellschaftlichen und geschäftlichen Moral bezeichnet werden können. Die Resultate daraus ist eine Versenkung und Verpestung unseres gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens. Ich habe bei anderer Gelegenheit erklärt, dass ich die Frage der Ostjuden nicht als politische und Frage des Antisemitismus, sondern als eine kulturelle Frage auffasse. Wenn der Herr Kollege Dr. Ehrlich einige Fälle von schweren Beschädigungen und unanständigen Härten gegenüber einzelnen Flüchtlingen angeführt hat, kann er überzeugt sein, dass er bei der Beurteilung dieser Fälle aller Herren und Frauen auch auf der anderen Seite sicher sein kann. Ich möchte aber, dem Falle des Herrn Dr. Ehrlich doch auch ähnliche Bilder gegenüberstellen, die sich innerhalb der bodenständigen Bevölkerung abspielen. Sie werden finden, dass die Fälle von den alten Schuppen, in die es hineinschneit und hineinschneit, sich tausendfältig vervielfachen, mit dem Unterschiede, dass sich in diesen Schuppen bodenständige Leute befinden. Die Masse derer, die in solchen elenden Hütten eingepfercht ist, nicht nicht die gleiche Zahl der Flüchtlinge in ähnlicher Lage, sondern die grosse Masse der Flüchtlinge, die oben eine unerhörte Lebensweise zu Tage legt. Die Masse der Bevölkerung sieht diese Leute und es gibt keine Demagogie, sondern der Aufschrei eines notleidenden Volkes gegenüber solche Anschreitungen von Menschen, die noch dazu nicht dem eigenen Volke angehören. Sie täuschen sich alle, wenn sie glauben, dieser Gegensatz der immer mehr aufflammt und immer tiefer greift, der bis zum leidenschaftlichen Hass sich verdichtet, sei nur eine Eigenschaft der Antisemiten. Die besten sozialdemokratischen Arbeiter finden sie, die mit einer Leidenschaftlichkeit, die mit einem jeden Antisemiten die Konkurrenz aufnimmt, verlangen, dass die Ostjudenfrage ihre Lösung finde. Der Hass wird früher oder später einmal mit einer Weile zur Entladung kommen, die wir alle nicht wünschen. Es ist dies nicht eine Frage des Antisemitismus, sondern der Sitte und Kultur. Es wurde von Herrn Bürgermeister auf den Erlass der Landesregierung vom Jahre 1919 verwiesen. Sie werden heissen in diesem Saale den Landeshauptmann Sever als Antisemiten bezeichnen, aber er ist

zu dem Erlasse gekommen, weil er sich überzeugt, dass es seine Pflicht ist, als Landeshauptmann einzugreifen. Er hat sehr recht gehabt zu sagen, dass Leute, die einen ehrlichen Beruf nachgehen, verbleiben können. Aber da wurden auf einmal hunderte von Anschreitungen bei der Bezirksbankkassa durchgeführt; man ging der Sache nach und fand, dass es sich um lauter Gefälligkeitsanträge gehandelt hat, um das Hintertürchen des Erlasses auszunutzen. So kommt es, dass bei den Behörden Misstrauen entstand und daraus erklärt sich, wenn es auch nicht ganzschuldig ist, warum auch Leute geplagt werden, denen dadurch Unrecht geschieht. Es ist ungemein schwer hier die Perlen vom reinen Schweissen zu trennen. Es gibt keine rechten Anhaltspunkte und Gradmesser um zu einer sachlichen gerechtfertigten Entscheidung zu gelangen. Es ist nicht die Wohnungsfrage allein, und die Verpestung des Lebens, die durch den grossen Teil der Flüchtlinge gerechtfertigt wurde. Es ist ja auch die Ernährungsfrage. Die Regierung zahlt bei jedem Laibe Brot rund 50 K dafür, es wird Mehl und Fett weit unter dem Selbstkostenpreise ausgegeben und wir müssen die Flüchtlinge aus Staatsmitteln unterstützen.

Redner weist darauf hin, dass der Staat Milliarden bei den Lebensmitteln für die fremden Staatsangehörigen ausgibt und dass deutsche Volksgenossen wegen der wichtigsten Anlässe aus der Tschechoslovakei und Polen ausgewiesen werden. Einzelne Elendsbilder, die angeführt werden, sollen zur Erweckung des allgemeinen Mitleides dienen und das Pflichtbewusstsein gegen unsere eigenen Volksgenossen ersticken lassen. In erster Linie kommt aber der bodenständige Bürger der Republik in Betracht. Redner erwartet sich die Ostjudenfrage mit grosser Vorsicht unter die Lupe genommen werden von der Ausweisung der Ostjuden nicht die Lösung der Wohnungsfrage, den müsse, um mit Wirksamkeit behandelt zu werden. Es sei aber eben denn die Ursachen liegen hier viel tiefer und die Wirkungen, die die Wohnungsfrage täglich verschärfen sind solche, die man ihnen ohnmächtig gegenüber stehen. Es müsse aber wenigstens soweit kommen, dass die gesellschaftliche Atmosphäre von dem vergiftenden und zersetzenden Missem, die ein Teil des Judentums über unseren Staats gebracht hat gereinigt werde. (Beifall bei den Christlich-sozialen).

GR. Dr. Plaschkes (jüd. nat.) erklärt, dass seine Partei gegen alle Schädlinge der Kultur und der Wirtschaft, wo immer sie zu suchen sind, Stellung nehmen wird und Stellung nimmt, da es nicht darum handeln könne, jemanden in Schutz zu nehmen, der in dieser Beziehung Schaden anrichtet. Es gelte vielmehr die schwachen Existenzen zu schützen. Diejenigen aber, die in den Hotels und Pensionen wohnen, die sich das leisten können, bleiben unbehelligt, während die wirkliche bedürftigen chikaniert und drangsaliert werden. Redner polemisiert gegen die Ausführungen des GR. Kunschak, der immer wieder denselben Grundgesanken verliert: denn die Christlich-sozialen seit Jahr in ihrem Judenhass predigen den Binkel-

hausierer zu verfolgen und den reichen Bankdirektor zu kaschulieren. (Ohrufe bei den Christlichsozialen). Die Bevölkerung Wiens ist gut und brav, sie wird lediglich durch das was Herr Kunschak hier an Vergrösserungen und Uebersreibungen leistet, verhetzt. Mit diesem Hass in der Ostjudenfrage muss und soll endlich gebrochen werden, wenn Wien weiterhin eine Kulturstadt bleiben soll. Der Severerlass war gut, aber die Ausführung war schlecht. Herr Sever ist mit Christlichsozialen eben so lange beisammen gesessen bis er selber Antisemit geworden ist. (Stürmische Heiterkeit bei den Christlichsozialen und Zwischenrufe des GR. Josef Müller). Herr Müller, wenn wir ein Schiedsrichterkollegium einberufen, was von uns beiden mehr mauschelt, dann wird Ihnen die Prämie zuerkannt werden. Wenn man Herrn Müller in einem Varieté sieht, hält man ihn sicherlich für einen ostgalizischen Schieber, so dick und ausgefressen ist er. (Zahlreiche Zwischenrufe und Lärm).

GR. Komorovsky (chr. soz.) macht einen Zwischenruf.

GR. Dr. Plaschkes (jüd. nat.): Sie Herr Komorovsky dürfen auch nicht in ein Varieté gehen. Auch Sie würde man für einen Schieber halten.

GR. Komorovsky (chr. soz.): I geh' lieber in ein solides Wirtshaus. Uebrigens lassen's mich in Ruh.

GR. Dr. Plaschkes (jüd. nat.) schließt mit der Aufforderung an alle Parteien die angeschnittene Frage endlich ernst und würdig und gerecht zu behandeln.

GR. Siegel (Soz.-Dem.) sagt in seinen Schlussworten, dass die Ostjudenfrage mit grosser Vorsicht unter die Lupe genommen werden so sicher, dass es in Wien Ostjuden gibt, bei denen auch Dr. Plaschkes froh wäre, wenn sie draussen wären. Bei allen diesen Frage tauchen selbstverständlich immer die Wohnungsfrage wieder auf, die, wie schon gesagt wurde, keine wienerische Frage ist. Ohne Wohnungsproduktion ist aber die Wohnungsfrage nicht zu lösen. Eine solche ist aber schon in ganz geringen Masse durchgeführt, von ausserordentlichen finanziellen Fragen begleitet und es ist sicher, dass in der nächsten Zeit etwas Konstruktives in der Wohnungsfrage nicht gemacht werden kann, da ein Aufsteigen aller Preise für Baumaterialien zu verzeichnen ist. Eine Wohnung auf der Schmelz, die auf rund 200.000 Kronen zu stehen kam, würde, wenn sie jetzt errichtet werden müsste, schon 400.000 Kronen kosten. Zuerst müsse eine Zeit kommen, in der das Bauen überhaupt möglich ist.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen, der Antrag der GRin Kurbauer wird dem Ausschusse IV zugewiesen.

StR. Speiser (Soz.-Dem) berichtet über die Gewährung eines Darlehens von 2 Millionen Kronen an den Verband der städtischen Angestellten gegen eine Verzinsung von 1 % über die Bankrate bis längstens 3. Mai unter der Bedingung, dass der Verband sein Schuldlager, das einen Wert von 2,160.000 Kronen repräsentiert, als Sicherheit stellt und nach Massgabe der Abverkäufe die Rückzahlung leistet.

GR. Rummelhardt (christlichsozial) kommt bei dieser Gelegenheit wieder auf den Fall Motzko-Seitz zu sprechen. Er gibt seinen Bedauern Ausdruck, dass dieser Fall in öffentlicher Gemeinderatsitzung zur Sprache gebracht worden sei. Dies sei nicht nur eine Taktlosigkeit, sondern auch eine Überschreitung der Amtsgewalt seitens des Stadtrates Grünwald gewesen, denn er habe als Amtsperson Einblick in die Akten und sei nicht berechtigt, darüber Mitteilungen zu machen. Die Behauptungen hätten übrigens den Tatsachen nicht entsprochen und der Herr Stadtrat Grünwald müsse entweder falsch informiert gewesen sein oder er habe die Sache absichtlich so vorgebracht, dann ist es nicht gegen den Beamten Motzko, sondern gegen einen Beamten gegangen, der zufällig der Gatte einer christlichsozialen Gemeinderätin ist. Dem Wohnungskommissär Motzko sei der Vorwurf gemacht worden, er habe die Wohnung des Dr. Joel im I. Bezirk, Schottengasse 3 für die Stadträtin Dr. Seitz, also für seine Frau angefordert. Tatsache sei, dass der genannte Beamte nur in einem Gespräche mit Dr. Joel, da dieser erklärte, vor dem Frühjahr nicht anzukommen zu wollen, obwohl er noch 2 Wohnungen besitze, erklärt, dass die überflüssige Wohnung noch vor Eintritt der kalten Jahreszeit geräumt werden müsse, da viele Eisentahner in Waggons einquartiert sind, dass Beamte ausserhalb Wiens wohnen müssen, und dass selbst Stadträtin Dr. Seitz, die Mandatarin im I. Bezirk sei, keine Wohnung erhalten könne. Darin könne kein Missbrauch der Amtsgewalt gesehen werden. Uebrigens müsse dem Stadtrate Grünwald bekannt sein, dass ein Kommissär keine Wohnung für sich anfordern könne, sondern nur für das Mietamt und dass die Zuweisungskommission erfolge.

GR. Grünwald (Soz. Dem.) erklärt, daß seine Anmerkungen in der Angelegenheit Motzko lediglich durch die Angriffe des GR. Haidler provoziert worden seien, und eine Abwehr darstellen. Auf die Ausführungen des GR. Rummelhardt müsse Redner vor allem entgegen, daßer in der letzten Sitzung die Herren zur Akten Einsicht eingeladen habe. GR. Rummelhardt habe sich aber damit begnügt, sich von Herrn Motzko informieren zu lassen.

GR. Rummelhardt (chr. soz.): Sie irren sich!

GR. Grünwald (Soz. Dem.): Können Sie und schauen Sie sich den Akt an, lesen Sie das Rechtfertigungsschreiben des Herrn Motzko und Sie werden zu ganz anderen Schlüssen gelangen müssen.

GRin. Motzko-Seitz (chr. soz.): mit lauter Stimme: Was Sie sagen ist Lüge, bewusst gelogen! (Entrüstungsrufe bei den Sozialdemokraten: Unerhört! In eigener Sache so zu sprechen, Sie hätten längst den Saal verlassen sollen.)

Vorsitzender GR. Skaret (Soz. Dem.): Frau GRin. Motzko-Seitz ich rufe Sie wegen des Vorwurfes der bewussten Lüge zur Ordnung.

GR. Grünwald (Soz. Dem.): Ich unterlasse es auf die persönlichen Angriffe der Frau Motzko zu reagieren, weil sie in eigener Sache nicht objektiv sein kann. Tatsache ist, daß Herr Motzko vom Leiter des Wohnungsamtes zur Einvernahme eingeladen wurde und hierbei zugegeben hat, auch für seine Frau eine Wohnung angefordert zu haben. Ebenso habe Motzko zugegeben mit dem Verwalter des Hauses Schottengasse 3 sich in direkter Verbindung gesetzt zu haben, damit er für seine Frau die Wohnung zugewiesen erhalte.

GR. Schleifer (Soz. Dem.): Das ist eine Schweinerei!

GR. Rummelhardt (chr. soz.): Sie haben sich mit Gewalt durch den Arbeiterrrat die Wohnung genommen, seien Sie nur ruhig!

GR. Schleifer (heftig): Das ist eine infame Lüge! (Lärm und zahlreiche Zwischenrufe auf beiden Seiten. GRin. Motzko-Seitz hatte inzwischen, von ihren Parteigenossen veranlasst, den Saal verlassen).

GR. Grünwald (Soz. Dem.) sagt, daß dem Akte ein Vormerkblatt beiliege, wonach sich Bzx Motzko am 10. XI. um eine Wohnung im 13. Bezirk angemeldet habe. Motzko habe auf die Frage, ob er sich schon früher um eine Wohnung beworben habe, nicht ja gesagt. Es ist also möglich, daß er sich schon früher/um eine Wohnung angemeldet hat. Redner ladet die Herren von der christlichsozialen Partei ein sich die Akten durchzusehen. Tatsache ist auch, daß die Wohnung nur von einer Person bewohnt wurde, obgleich die Frage auf dem Vormerkbogen „von wieviel Personen ist die Wohnung bewohnt“ mit zwei beantwortet war.

StR. Speiser bedauert in seinem Schlußwort, daß diese Angelegenheit erörtert werden musste.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen.

StR. Dr. Fandler (Soz. Dem.) berichtet über die Erhöhung der Verpflegskosten in den städtischen Versorgungshäusern. Die Verpflegskosten betragen seit 1. Juli 40 K und sollen nun vom 1. Dezember an in allen Versorgungsanstalten der Gemeinde mit 60 K pro Kopf und Tag festgesetzt werden.

GR. Reininger (chr. soz.) bringt Beschwerden über die Kost im Bürgerversorgungshaus im Alsergrund vor und beantragt, daß die Bezirksvertretung Alsergrund im Bürgerversorgungshause von Zeit zu Zeit Nachschau in den Wohnräumen und wegen der Kost und Küche halten solle.

GR. Fandler weist in seinem Schlußwort darauf hin, daß im 9. Bezirk ohnehin ein Komitee bestehe, das wöchentlich einmal im

Versorgungshaus Nachschau hält. Wenn Beschwerden über die Kost vorgebracht werden, so sei es ja im allgemeinen bekannt, daß alle Pfleger, wenn sie lange in derselben Anstalt sind, Beschwerden haben, dem gegenüber gehalten werden müsse, daß ja auch die Küche in einem Haushalte bei den jetzigen Zeiten nicht immer gleich gut ist.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Reininger und der Referentenantrag angenommen.

StR. Dr. Fandler (Soz. Dem.) referiert über die Erhöhung der Verpfleggebühren der 3. Klasse im Jubiläumshospital und weist darauf hin, daß sämtliche Fondsanstalten seit einiger Zeit auf 80 K erhöht haben und daß selbstverständlich das Spital der Gemeinde Wien auch nicht außer Haushalten könne.

GR. Dr. Grün (Soz. Dem.) sagt, daß die rechtlichen Überlegungen der Herren für eine Erhöhung der Verpfleggebühren zu stimmen. Dies könne aber nicht so weiter gehen, denn in ein Spital gehen Arbeiter, Beamte, Lehrer und Geschäftsleute, die die private Pflege sich nicht leisten können. Es sei notwendig, das ganze Sanitätswesen in ein neues System zu bringen. Redner möchte bei der Gelegenheit auch darauf hinweisen, daß der Krankentransport in den Wirkungskreis des Besamtes gekommen ist, was vielleicht doch etwas zu weit gehe; StR. Stiegel könnte da vielleicht einmal das Höhenmassen und die Behandlung der Geschlechtskrankheiten in sein Ressort bekommen. Bei den Spitaltransporten seien Dinge vorgekommen, die vermieden werden müssen, es wurden dadurch, daß die hohen Taxen nicht sogleich bezahlt werden können,

ten, Verzögerungen im Transporte herbeigeführt. Das Gesundheitsamt müsse einen Einfluß auf die Spitaltransporte haben.

GR. Vaugoin (christlich-soz.) richtet an den Referenten die Anfrage, welche Einrichtungen bei den Krankenanstalten seit Anstellung des Generalstabsarztes Dr. Pick gemacht worden seien. Herr ... wolle er ihn aufzuzucken machen, dass Gerichte herauslaufen bei den S. itkveanstalten, dass die Christlich-sozialen angestellten aus denselben entfernt werden sollen, und dass 120 Bedienstete abgebaut werden. Der Beamtenabbau dürfe nicht vom Standpunkte eines einzigen Unternehmens betrachtet werden, denn in einigen Ämtern werden ... tunden gemacht, während bei anderen Überfluss an Beamten herrsche. Was die Spitaltransporte betreffe, berühre es den Redner eigentümlich, dass dieselben von StR-Siegel gemacht werden. Die Krankentransporte ... doch nicht in das Bauamt gehörig zu betrachten. Um für die Transporte Gebühren einzukleben, müsste man erst das Gesetz ändern, denn bis jetzt sei es Pflicht der Gemeinde den Transport kostenlos zu besorgen. Sodann kommt Redner auf die Betriebsbuchhaltung im Jubiläums-Spitale zu sprechen und sagt, früher sei ein Buchhaltungsbeamte und eine Hilfskraft angestellt gewesen und nun seien an ihrer Stelle 6 Buchhaltungsbeamte, und trotzdem könne die Buchhaltung so wie sie jetzt eingeführt sei, nicht klappen. Die Verstädtlichung der Spitäler, für die Dr. Grün eingetreten ist, könne er nicht anraten. Denn obwohl sie von soziale Standpunkte zu begrüßen wäre, könnten die nötigen Geldmittel nicht Karasek verdrängt wird, so müsse gesagt werden, dass auch GR. ... aufgebracht werden.

Redner erklärt, schließlich er müsse heute neuerdings die Antwort des Bürgermeisters, des VB-Emmerling und des StR-Spewer ... seine Beschwerden über die Mängelregelungen von Bediensteten argieren. GR. Kunschak (chr. soz.) bezeichnet es als unerhört, dass den Sanitätsdienern, die Entscheidung darüber überlassen werde, in welchem Ausmaße Kranke, die mit städtischen Sanitätswagen in die Spitäler gebracht werden, die Transportkosten zu zahlen haben. Dazu fehle den Dienern nicht nur die Urteilsfähigkeit, sondern auch jede Legitimation, weil zu solchen Forderungen mindestens ein Beschluss des Stätesenats vorliegen müsste, um den Sanitätsdienern eine Unterlage für ihre Entscheidung zu geben. Redner stellt den Antrag: Der Bürgermeister wird aufgefordert, den Auftrag, durch welchen Sanitätsdiener verpflichtet werden nach ihren Erlassen von den Parteien Transportkosten einzukleben zu statieren.

GR. Siegel (Soz. Dem.) sagt, dass darüber Beschwerde geführt worden sei, dass die Gemeinde versuche die Kosten für die Krankentransporte hereinzubringen. GR. Kunschak habe sich auf seinen Gewährsmann GR. Karasek berufen, der nicht ganz unvoreingenommen ist und darin dürfte eine Spitze gegen ihn gelegen sein. GR. Karasek sei seit dem Dezember 1918 von seinem Dienste als städtischer

Sanitätsdiener zurückgeblieben und sei erst wieder in den Dienst gekommen, als er daran erinnert worden sei. Wenn gesagt wurde, dass der Transport eines Kranken an die Bedingung der Zahlung geknüpft ist, so ist das unrichtig. Es wird vielmehr jeder Kranke transportiert, wenn es notwendig ist. Selbstverständlich muß die Gemeinde Versuchen, den Betrag hereinzubringen. Es wird eben nach einem Wege gesucht, um die Angelegenheit zu regeln, aber es ist das Bestreben der Gemeinde Einnahmen zu verschaffen, wo es möglich ist und nicht Leuten Gefälligkeiten zu beweisen. Die Tante des GR. Vaugoin hat den GR. Vaugoin als Sprachrohr benützt.

GR. Kunschak (chr. soz.) sagt, dass die Geschäftsbehandlung im Wiener Gemeinderate Formen annehme, von denen man sagen muss, dass eine Verwaltung überhaupt unmöglich ist. StR. Siegel sei nicht der Fascha, sondern ein Beamter und wenn er die Unwürdigkeit seiner Haltung, in dem er gegen das Statut verstößt, nicht einsehe, so bewiese er, dass er unfähig sei, ein solches Amt zu führen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten). GR. Krankentransportkosten eingeführt werden sollen oder nicht, darüber habe der Gemeinderat zu entscheiden. Es bestehe ein Sanitätsgesetz, das der Gemeinde die Verpflichtung zum Krankentransport auferlege. Die Gemeinde könne Zahlungen verschreiben, wenn es der Gemeinderat beschlossen habe, aber nicht der StR. Siegel könne Zahlungen verschreiben. In dieser Beziehung seien unerhörte Fälle vorgekommen, Stelle.

In dieser Beziehung seien unerhörte Fälle vorgekommen, Stelle. GR. Grün in selben Sinne von den Krankentransporten gesprochen habe. GR. Karasek hat übrigens mit Wissen seines Vorgesetzten um einen Urlaub angebracht, das Gesuch habe aber keine Erledigung gefunden und sei er auf Anraten seines Vorgesetzten vom Dienste ausgeblieben. Es sei eine Ungehörigkeit solche Angriffe gegen einen städtischen Bediensteten zu machen und Redner hoffe, dass StR. Tandler mit der ihm eigenen Objektivität seinen Standpunkt in der in Rede stehenden Frage klarlegen werde, das Urteil des StR. Siegel aber könne nichtig sein. (Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Vaugoin (christlich-soz.) bemerkt, er pflege sonst nicht über Familienangehörige zu sprechen, aber die Angriffe des Stadtrats Siegel zwingen ihn dazu. Als seine an Lungenentzündung schwer erkrankte Schwester ins Jubiläums-Spital transportiert wurde, habe der Diener des städtischen Sanitätswagens von ihr zuerst 700 K. und dann 500 Kronen für Transportkosten verlangt. Die Schwester habe die Bezahlung dieser Summe abgelehnt und Redner habe schließlich interveniert ihm einen Erlagsschein zu schicken, damit er diese Angelegenheit ordnen könne. Das sei der richtige Sachverhalt und nun möge der Gemeinderat beurteilen, ob StR. Siegel das Recht hatte, dem Redner unlautere Motive unterzuschoben. (Rufe bei den Christlichsozialen: Das sind Meurerpoliermannieren, das

ist eine Gemeinheit, er soll sich schämen!).

Der Referent GR. Tandler (Soz.-Dem.) erklärt in seinem Antwortwort, es sei ... leider eine Erfahrungstatsache, dass sich selbstvermögende Leute auf Kosten der Gemeinde in Heilanstalten transportieren lassen. Bei Übernahme seines Amtes habe Referent von diesen Missbräuchen gehört, sich dagegen zu schützen. Es ist aber nicht richtig, dass nach dem Erlassen der betreffenden Sanitätsdiener die Einhebung von Gebühren stattfinden sollte. StR. Siegel habe in einer Unterredung mit dem Referenten auch eingesehen, dass die Einhebung der Transportkosten durch den Sanitätsdiener nicht statthaft sei und es wurde bereits ein Statut ausgearbeitet, nach welchem die Art der Bezahlung geregelt werden wird. Der Entwurf ist dem Abschlusse nahe und wird vielleicht schon vom Gemeinderate in der nächsten Sitzung vorgelegt werden. Dem Referenten sei es bekannt, dass sehr reiche Menschen sich geweigert haben, für den Transport von kranken Hausgenossen auch nur einen Knopf auszugeben. Menschen, die nicht eine Sekunde schwanken, eine Flasche Champagner zu trinken, weigern sich die Transportkosten für ihr krankes Dienstmädchen zu bezahlen. Wie kommt die Allgemeinheit, wie kommt der ein-eine Steuerträger dazu, für die Leine eines Patienten mit einem Teil seines Vermögens aufzukommen.

Bezüglich der Pflegekosten müsse darauf aufmerksam gemacht werden, dass mit der Erhöhung auf 80 Kronen noch nicht der Abschluss erreicht ist, und dass eine Steigerung sich als unannehmlich erweisen werde. Was die Tätigkeit des Generalstabsarztes Dr. Pick anlangt, so müsse festgestellt werden, dass diese Tätigkeit für das Jubiläums-Spital bisher durchaus nutzbringend gewesen sei. Er könne auf tatsächliche Erfolge verweisen, denn durch seine Referenzen sind der Gemeinde Wien tatsächlich mehrere Millionen Kronen erspart worden.

Was den Abbau anbelangt, so habe Referent erklärt, dass im Jubiläums-Spital 90 bis 91 Personen abgebaut werden müssen, was er den Angestellten auch mitgeteilt habe, um von ihnen die Urube im Dienste zu nehmen, das er ihnen aber auch erklärt habe, dass der Abbau nach sozialen Rücksichten und nach den Graden der Tüchtigkeit vorsich gehen werde.

Das Defizit im Jubiläums-Spital wird grösser sein als der Voranschlag, was aber eine ... Massmasscheinung ist, und man könne den Kranken nicht zumuten, dass sie so wie die Gesunden einen Teil des Defizits auch sich nehmen.

Die Angelegenheit mit den Transporten werde in der kürzesten Zeit zur allgemeinen Zufriedenheit geregelt werden.

Bei der Abstimmung der Referentenratung angenommen, der Antrag Annahme der geschuldeten Behandlung zugestimmt. Es wird hierauf in die Behandlung der Dringlichkeitsanträge eingegangen. GR. Vaugoin (chr. soz.) bezieht seinen Antrag auf Dringlichkeitsantrag seiner Anfrage und der Antwort darauf in der Angelegenheit der beschuldeten 140 Weibens Weib. Der Dringlichkeitsantrag wird angenommen.

6

GR. Vaugé (christliches L.) führt in Begründung seiner Anfrage aus, dass seit dem 17. Oktober eine merkwürdige Änderung in der Haltung des Rathauses gegenüber der Regierung eingeschlagen habe. Früher seien Kommunikationen über Untersuchungen von Lebensmitteln und Lebensmittelvorräten nicht veröffentlicht worden und es muss den Eindruck erwecken, als ob man vom Ratheuse aus, noch grössere Beunruhigung und Angst in die Bevölkerung tragen wolle. Ausser den in Rede stehenden 40 Waggons Mehl sei noch mehr als 60 Waggons in einem Magazine in der Harzgasse eingelagert. Redner berechnet dann auf Grund der durchschnittlichen Ausbeisungsziffer von 25.000 Menschen täglich und der angegebenen Vorräte der Küchenbetriebsgesellschaft, dass die Gefährdung des Betriebes der Gesellschaft nicht unbedingt in Frage kam und meint, dass es nicht angehe, dass in einer Zeit so grosser Not der Bevölkerung einzelne Gesellschaften Vorräte aufgehäuft liegen. Die Antwort auf die Anfrage müsse Redner als unzufriedenstellend bezeichnen.

Vorsitzender GR. Skaret (Soz.-Dem.) bringt die Interpellationsbeantwortung zur Kenntnis:

Die in der Anfrage über die Lagerbestände der Wiener öffentlichen Küchenbetriebsgesellschaft und über die Zeit, für welche diese genügen, enthaltenen Angaben sind durchaus unrichtig. Ebenso entsprechen die Angaben über die Personenzahl, die ausgespeist und beliefert wird, nicht den Tatsachen. Richtig ist vor allem, dass mit dem Stichtage 3. Dezember außer dem Personal 25.000 Personen ausgespeist wurden und dass der tägliche Zuwachs an Ausspeisenden rund 500 Personen ausmacht. Der Höchstverpflegsstand betrug in diesem Jahre im Februar 47.000 Personen, während die Höchstleistungsfähigkeit der Küchen sich mit 60.000 beziffert.

Der Mehlvorrat am 3. Dezember betrug 60 Waggons, die aber nicht aus den Zuweisungen des Staates stammen, da bei Beginn der Aktion 48 Waggons von der amerikanischen Kinderhilfssektion und 6 Waggons von der Gemeinde Wien, zusammen 53 Waggons als Grundstock überwiesen wurden. Der derzeitige Mehlverbrauch bei Zugrundelegung des Verpflegsstandes von nur 25.000 Personen und der Verbrauch der verschiedenen angeschlossenen Organisationen, welche 110.000 Tagesportionen benötigen, beträgt 42 Waggons Mehl pro Monat. Es reicht daher der gegenwärtige Mehlvorrat, wenn ein Ansteigen nicht zu verzeichnen wäre, während der Anstieg gerade im Winter ungemein stark ist. Für 6 Wochen. Wenn der Anstieg in der Weise wie bisher weiter geht, ist zu befürchten, dass in 3 bis 4 Wochen die Mehlreserven vollständig aufgezehrt sind. Der Zuckervorrat betrug am Stichtage 3. Dezember 12 1/2 Waggons Zucker, von dem 11 2/3 bei Beginn der Aktion von der Gemeinde Wien als Grundstock übergeben wurde, so dass dieser nur um einen Waggon zugenommen hat. Die derzeitige monatliche Zuweisung des Bundesministers Lums beträgt 4 1/2 Waggons. Der Monatsbedarf bei einer Verbrauchsquote bei 13 g pro

Kopf und Tag, wie sie das Bundesministerium für diese Aktion genehmigt hat, ebenfalls 4½ Waggons, daher reicht der Reservevorrat an Zucker beim derzeitigen Verpflegsstand für 2 2/3 Monate aus, also nur bis Februar. Bei der stetigen Zunahme der Ausgespeisten dürfe er aber tatsächlich nur bis Jänner reichen. Der derzeitige Lagerbestand, gegenüber dem Lagerbestand beim Beginn der Aktion hat trotz der großen Zunahme und der noch zu erwartenden Steigerung der Zahl der Auszuspeisenden nur um 7 Waggons Mehl und 1.3 Waggon Zucker zugenommen. Sobald die Küchenaktion wieder, was in den Wintermonaten immer geschieht den Stand von ungefähr 50.000 Personen erreicht - es steht dies in kürzester Zeit in Aussicht - wird der Mehlbedarf 60 Waggon und der Zuckerbedarf 5½ Waggon betragen. In diesem Falle genügt die Mehlereserve nur für 1½ Monate und die Zuckerreserve für 2 Monate. Die Aufspeicherung von Mehl wurde im Einvernehmen mit den Bundesministerien während der Sommermonate durchgeführt, um der erfahrungsgemäß während der Wintermonate sehr gesteigerten In-Anspruchnahme der Küchen zu begegnen, da eine Anlieferung des Bedarfes in den Wintermonaten auf Schwierigkeiten stösst. Tatsächlich sehen wir, daß das Bundesministerium noch gar nicht in der Lage ist, die entliehenen Waggon Mehl aus Reserve zu den von ihm selbst gestellten Terminen abzuliefern und daß es auch die normale Belieferung bis heute nicht durchführen kann. Die Ausspeiseaktion ist faktisch nur mehr für kurze Zeit eingedeckt, und zwar für eine so kurze Zeit, daß der Herr GR. Prof. Dr. Fränkel für seine Person die Verantwortung für den ungestörten Betrieb abgelehnt hat.

GR. Dr. Fränkel (Soz. Dem.) bezeichnet die Informationen des GR. Vaugoin als unrichtig, er hätte sich im Bundesministerium oder beim Redner als dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Küchenbetriebsgesellschaft unschwer Aufklärung verschaffen können. Seine Vorwürfe treffen einen Mann, der den Christlichsozialen nahesteht, nämlich den Herrn Vizepräsidenten der Handelskammer Vinzel. Aber sowohl ihm, als auch den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrates könnte nicht die geringste Unterlassung oder gar Ungenauigkeit zur Lastgelegt werden. Gänzlich ungerecht seien die von der Parteipresse erhobenen Angriffe, als ob hier eine Schiebererei genommen worden wäre. Auch die Banken haben sich in der Angelegenheit durch aus tadellos verhalten. Der Redner erörtert nun ausführlich die Geschichte der Mehlanforderung durch das damalige Ernährungsamt und betont, daß der Küchenbetriebsgesellschaft 3/4 ihrer gesamten Mehlereserve genommen wurde unter Umständen und Kautelen, die den Redner veranlassen mussten, dem Bürgermeister um Intervention zu ersuchen. Tatsache sei, daß bis gestern von den entliehenen Mehl noch nichts zurückgestellt wurde.

Per Antrag Dr. Fränkel wird zum Beschluss erhoben und die öffentliche Sitzung geschlossen.

Der Redner schließt zum Schlusse den Antrag, dass die Schritte des Bürgermeisters in dieser Angelegenheit von Gemeinderäte billigend zur Kenntnis genommen werden. Der Bürgermeister habe das grosse Verdienst, dieser ganzen Aktion geholfen zu haben, damit der Küchenbetrieb aufrecht erhalten werden könne.

W i e n e r B a t h a u s k o r r e s p o n d e n z .

Wien, 11. Dezember 1920. - Abendausgabe.

Die Bürgermeister beim Bundespräsidenten. Bgm. Reumann und Vicebgm. Emmerling machten heute dem Bundespräsidenten Dr. Hainisch ihre Aufwartung. Vicebgm. Hoss war durch seine Abwesenheit von Wien entschuldigt. In einer längeren Aussprache informierte Bgm. Reumann den Bundespräsidenten über eine Reihe von Wiener Angelegenheiten. Den wesentlichsten Teil der Besprechung bildeten die Ernährungsfrage, die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen und der Bau der Wasserkraftanlagen. Die Konferenz schloss nach einer einstündigen Aussprache, in der der Bundespräsident seine Ansichten über diese Fragen klarlegte und ein ungemein grosses Verständnis für die Notlage der Stadt Wien bekundete. ~~Es~~ Die Bürgermeister werden in den nächsten Tagen eine ausführliche schriftliche Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse und Bedürfnisse der Stadt Wien dem Bundespräsidenten übermitteln.